

Rede zum TOP 1 am 14.09.2012

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 – GFG 2012)

[Anrede] LTPräs, D+H LaReg, KollAO, Gäste

Unsere NRW-Städte und Gemeinden – und auch das sind auch Kinder des Landes NRW - sind in einer hundsmiserablen Finanzlage. Wenn nur noch 35 von 396 Kommunen einen – echten – Haushaltsausgleich schaffen, dann ist das eine Katastrophe. Mit einem kameralistisch gerechneten Minus von rd. -2 Mrd. Euro (NKF -2,8 Mrd.) sind wir in NRW auf Bundesebene Vorletzter. Geht's allen Kommunen im Bundesgebiet so, müssen wir jetzt fragen? Nein, wir liegen gegen den Bundestrend, wo ein positives Gesamtsaldo von rd. +2,5 Mrd. Euro erwartet wird. Also gibt es Kommunen wie z.B. die in Baden-Württemberg, die ein dickes Plus erwarten. In mehr als der Hälfte der Bundesländer wird ein positives Ergebnis ausgewiesen, also muss man die Ursachen in NRW tiefer hinterfragen. Dann ist es zu einfach, zu kurzfristig und auch zu durchsichtig, meine Damen und Herren, nur den Bund als „Schuldigen“ in NRW auszumachen.

In meiner langjährigen Funktion als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft beim Städte- und Gemeindebund in Düsseldorf wie auch in Berlin kann ich aus den dort gemachten Analysen mehrere Ursachen der kommunalen Finanzkrise in NRW ausmachen, so beispielsweise:

- a) den bundesweit höchsten Kommunalisierungsgrad (siehe Report der Bertelsmann-Stiftung), d.h. wir sind das Bundesland mit den vglw. meisten auf die Kommunen übertragenen Aufgaben und Kosten (Konnexität gibt es übrigens erst seit schwarz-gelb)
- b) die Sozialkosten (wobei die Bundesregierung die Not der Kommunen sieht und allein im Jahre 2013 um 3,1 Mrd. Euro entlastet), aber auch klären ist, ob und wenn warum die Kosten pro Fall in NRW teilweise höher sind als in anderen Bundesländern
- c) die immensen Schulden mit den hohen Zinsaufwendungen
- d) die Einführung des NKF mit dem zusätzlichen Verbuchungszwang von Abschreibungen und Pensionslasten, welches die Fehlbeträge z.B. bei den ka Gemeinden durch Abschöpfung durch die Umlageverbände erhöht hat aber auch das Ausmaß der Belastung endlich transparent gemacht hat

e) auch das Verhalten von Politik und Aufsichtsbehörden, wo letztlich durch Rücksichtnahme, Zögerlichkeit oder politische Entscheidungen die Vorgaben von Haushaltssicherung oder Nothaushalt nicht oder nicht rechtzeitig umgesetzt wurden
f) und sicherlich auch im Einzelfall Entscheidungen in Kommunen, wo aufgrund fehlender Kostentransparenz Investitionen getätigt wurden, die heute die Ergebnisrechnung mit immensen Folgekosten belasten.

und weitere Gründe mehr...

Daher ist es dringend geboten, das Sie sich als Regierungsfraktionen intensiver mit dieser breiten Themenpalette beschäftigen, dort an vielen Hebeln ansetzen, Sparpotentiale heben – anstelle immer nur allein nach dem Bund zu rufen. Angesichts der bundesweiten Vergleichswerte und bekannten Salden ist klar und deutlich, dass sicher auch der Bund – aber insbesondere wir in NRW unsere eigenen Hausaufgaben machen müssen.

Und eines steht fest: Mit diesem GFG 2012 lösen **Sie** nicht die Finanzprobleme der kommunalen Familie. Mit diesem GFG verteilen Sie den Mangel, aber ungleich. Sie zeigen Ihr Herz für die kreisfreien und großen Städte im Land, dafür entziehen Sie Ihre Zuneigung den mittleren und kleineren Kommunen.

Mit der heutigen Debatte wird deshalb die Frage nach einem transparenten, nachvollziehbaren und gerechten GFG nötig. Die heutige Berechnungsmethode der Schlüsselzuweisungen ist nicht gerecht. Beseitigen Sie den Zirkelschluss, der insbesondere in den Anwendungsbedingungen der Regressionsanalyse liegt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum z.B. im GFG bei der Bedarfsermittlung steigende Ausgaben automatisch berücksichtigt werden, während auf der Gegenseite bei der Ermittlung der zu berücksichtigenden Finanzkraft der Kommunen mit fiktiv berechneten Werten jeweils eine halbe Milliarde an Einnahmen unberücksichtigt bleibt. Was soll das?

Und dann sollten Sie auch die Frage beantworten, warum Ihnen ein Bürger in kreisangehörigen bei den Zuweisungen 281 Euro Wert ist und ein Bürger in den kreisfreien Großstädten 472 Euro?

Oder auch die Frage: Warum Sie bei gleichen Steigerungsraten für Steuerkraft und Soziallasten innerhalb der letzten Jahre dem kreisangehörigen Raum 3,4 % und dem kreisfreien Raum 48,7 % mehr Geld geben?

Und absurd wird es in Ihrem Gesetzentwurf endgültig, wenn wir uns die Stärkungspaktkommunen ansehen: Nach dem GFG 2012 sind 20 der 61 Empfängerkommunen unter den Verlierern. Sie geben also Geld mit dem Stärkungspakt in die rechte Tasche und nehmen das Geld gleich wieder über das GFG aus der linken Tasche. Ist das Ihre Finanzlogik?

Anrede. Nutzen Sie die Chance des vom Land in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleiches als Schritt in die richtige Richtung. Entwickeln Sie ein ganzheitliches Konzept zur Beseitigung der kommunalen Finanzmisere. Es ist dringend Zeit zum Handeln, oder soll gelten: „Wenn es überall dunkel ist, blendet auch kein Licht mehr“?

Vielen Dank!